

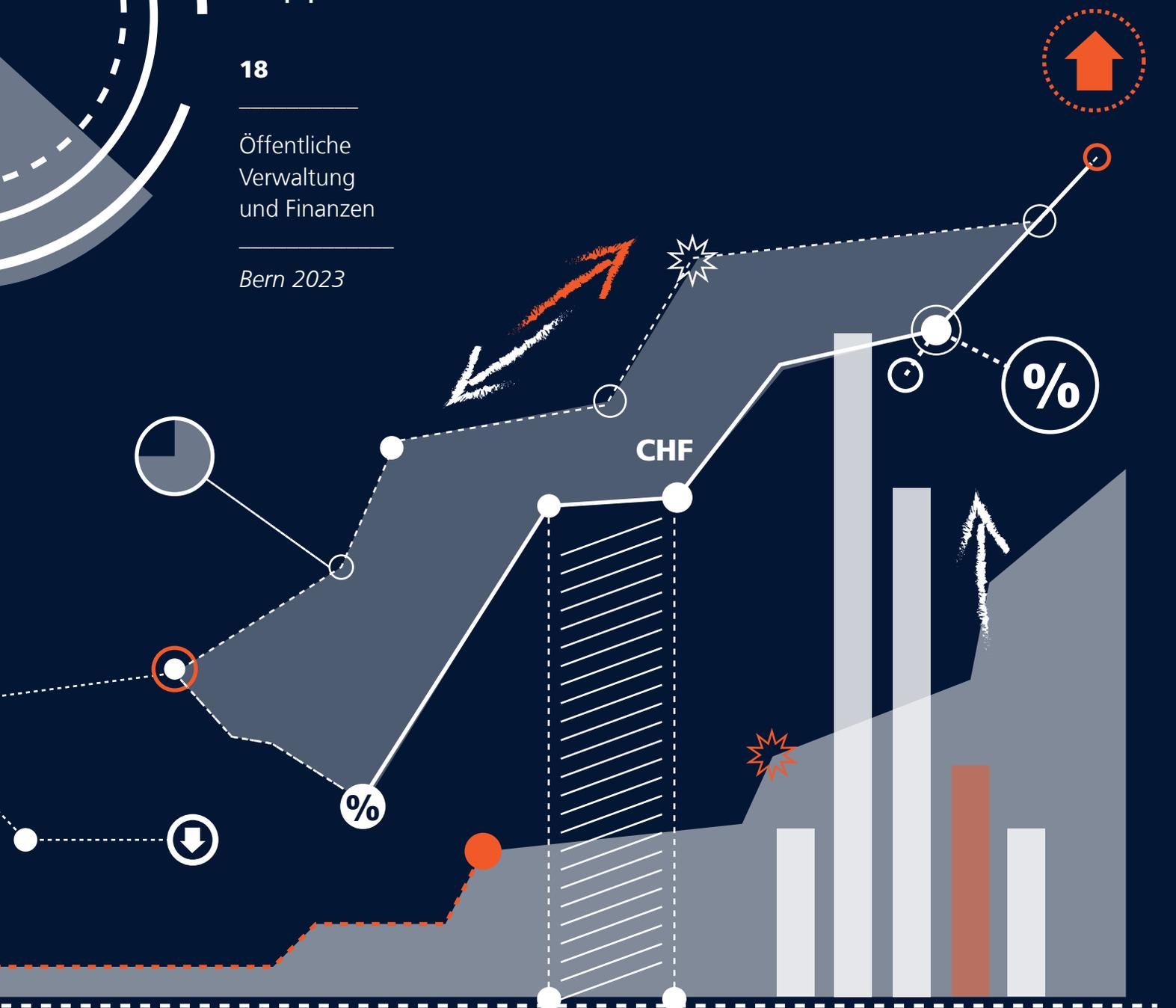
# Öffentliche Finanzen der Schweiz 2021–2024

Hauptpublikation der Finanzstatistik

18

Öffentliche  
Verwaltung  
und Finanzen

Bern 2023



**Herausgeber:** Eidgenössische Finanzverwaltung  
**Auskunft:** finstat@efv.admin.ch, Tel. 058 462 15 44  
**Redaktion:** Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV  
**Inhalt:** Sektion Finanzstatistik, EFV  
**Reihe:** Statistik der Schweiz  
**Themenbereich:** 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen  
**Originaltext:** Deutsch  
**Übersetzung:** Sektion Sprachdienste EFD  
**Layout:** Sektion Finanzstatistik, EFV  
**Publikationsdatum:** 12. Oktober 2023  
**Online:** <https://www.efv.admin.ch>  
**Copyright:** EFV, Bern  
Wiedergabe unter Angabe der Quelle  
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet  
**Vertrieb:** [www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch), Art.-Nr. 601.100.D

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Das Wichtigste in Kürze</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)</b>	<b>4</b>
3.1	Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben	4
3.2	Bilanz und Verschuldung	11
<b>4</b>	<b>Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)</b>	<b>15</b>
4.1	Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben	15
4.2	Verschuldung	21
<b>5</b>	<b>Anhang</b>	<b>24</b>

---

# 1 Das Wichtigste in Kürze

**Jahr 2022** - Im Jahr 2022 zeigt sich in der Schweizer Wirtschaft und damit auch in der Gesamtsituation der öffentlichen Finanzen eine deutliche Erholung nach dem Ende der Corona-Pandemie. Die Kennzahlen der Finanzstatistik für das Rechnungsjahr 2022 weisen einen positiven Finanzierungsüberschuss von 6,9 Milliarden Schweizer Franken auf. Dabei verzeichnen die Einnahmen einen Anstieg um 7,1 Milliarden, während die Ausgaben um 6,5 Milliarden Schweizer Franken auf 243,1 Milliarden zurückgehen.

Die Hauptfaktoren für dieses positive Ergebnis sind hauptsächlich bei den Kantonen zu finden, die einen positiven Saldo von 5,0 Milliarden aufweisen, sowie bei den Sozialversicherungen, die ebenfalls mit einem positiven Saldo von 5,0 Milliarden abschliessen. Im Gegensatz dazu weisen die Teilsektoren Bund und Gemeinden ein negatives Finanzierungsergebnis von -2,9 Milliarden bzw. -0,2 Milliarden auf.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Zahlen für das Jahr 2022 mit Unsicherheiten behaftet sind, da sie teilweise auf geschätzten Werten beruhen.

**Jahr 2023** - Nach einem positiven Start der Schweizer Wirtschaft anfangs 2023 stagniert das Wachstum für den Rest des Jahres. Trotz des insgesamt unterdurchschnittlichen Wachstums von 1,3 % (real, sporteventbereinigt) wird ein weiterhin positives Ergebnis des Gesamtstaates erwartet. Die Finanzperspektive des Sektors Staat wird dabei grösstenteils von den positiven Finanzierungssalden der Kantone und Sozialversicherungen geprägt. Bei den Kantonen führen stabile Einnahmen und leicht steigende Ausgaben zwar zu einem geringeren Saldo im Vergleich zum Vorjahr, der Saldo bleibt jedoch deutlich positiv. Bei den Sozialversicherungen sind Minderausgaben und Mehreinnahmen aufgrund der fortwährenden stabil hohen Beschäftigungslage der Hauptgrund für den Überschuss. Insgesamt wird daher im FS Modell, das eine nationale Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten garantiert, ein Überschuss von 5,8 Milliarden erwartet.

Verwendet man die Zahlen des GFS Modell, das eine internationale Vergleichbarkeit mit anderen Staaten ermöglicht, wird 2023 ein Gewinn in Höhe von 0,8 % der Wirtschaftsleistung erwartet. Vergleichsweise wird für die Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchschnittlich ein Defizit von -3,6 % des nominalen Bruttoinlandprodukt (BIP) erwartet. Von den OECD-Ländern dürften 2023 nebst der Schweiz auch Norwegen (16,0 %), Dänemark (2,4 %) und Irland (1,6 %) einen Überschuss in Relation zum BIP ausweisen. Norwegen und Dänemark profitieren in Zeiten hoher Energiepreise besonders stark von der eigenen Öl- und Gasindustrie.

2023 dürfte die Staatsquote der Schweiz sich mit 32,0 % wieder auf dem Vorkrisenstand befinden. Verglichen mit dem OECD-Raum wird sie damit deutlich unter dem Durchschnitt bleiben. Die Fremdkapitalquote der öffentlichen Haushalte (gemäss Definition des Internationalen Währungsfonds) dürfte für die Schweiz mit 36,6 % leicht unter dem Vorjahreswert von 36,9 % liegen, während sie im Euroraum 95,9 % und für die OECD-Staaten 113,9 % betragen wird. Nachdem die Nettoschulden bedingt durch den hohen Finanzierungsbedarf der Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise in den Jahren 2020-2021 einen deutlichen Anstieg auf maximal 20,5 % verzeichneten, sind sie seit 2022 wieder rückläufig. Aufgrund der Konjunkturerholung und den positiven Finanzierungssaldi wird erwartet, dass die Nettoschuldenquote 2023 14,3 % beträgt.

**Jahr 2024** - Für Ende 2024 wird in der Schweiz ein ähnlich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum wie 2023 prognostiziert. Nichtsdestotrotz wird ein positives Finanzierungsergebnis des Gesamtstaates von 8,2 Milliarden erwartet. Hauptgründe dafür sind die restriktivere Ausgabenpolitik auf Kantonsebene sowie

wachsenden Einnahmen der Sozialversicherungen aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Rahmen der Reform der AHV. Kantone und die öffentlichen Sozialversicherungen dürften Finanzierungsüberschüsse von 3,4 bzw. 6,1 Milliarden erzielen, wobei bei Bund (-0,8 Milliarden) und Gemeinden (-0,5 Milliarden) ein Finanzierungsdefizit erwartet wird.

Die Staatsquote der Schweiz dürfte 2024 aufgrund des relativ höheren Wirtschaftswachstums gegenüber dem Ausgabenwachstum auf 31,5 % des BIP sinken und damit um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenstand von 2019 liegen. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern wird die Staatsquote der Schweiz auch in den nächsten Jahren tief bleiben.

In Bezug auf die Schulden wird für die Schweiz weiterhin eine deutlich tiefere Nettoschuldenquote verglichen mit dem Durchschnitt der OECD-Länder (47,9 %) oder des Euroraums (74,3 %) erwartet. Für 2024 wird geschätzt, dass die Quote für die Schweiz 14,0 % betragen dürfte. Aufgrund der Covid-Krise waren die nominellen Nettoschulden 2021 auf einem historisch hohen Stand von 142,3 Milliarden. Nach einem Abbau 2022 wird vorhergesehen, dass sich die Nettoschulden auf 114,9 Milliarden im Jahr 2024 bewegen dürften. Gemessen am BIP reduziert sich die Nettoschuldenquote kontinuierlich, auch aufgrund des Wirtschaftswachstums.

**Risiken** - Die grösste Unsicherheit für die öffentlichen Finanzen besteht darin, dass sich die Wirtschaftslage aufgrund der Auswirkungen internationaler Entwicklungen (Krieg in der Ukraine, stärker steigende Energie- und Rohstoffpreise, weitere Bezugs- und Lieferschwierigkeiten von Rohstoffen und Waren) verschlechtern könnte. Um die Inflation zu bekämpfen, könnte zudem die Geldpolitik weltweit und in der Schweiz noch restriktiver werden. Diese Risiken hätten höhere Staatsausgaben und verminderte Fiskaleinnahmen zur Folge, was die Staatsfinanzen belasten würde. Ein weiteres Risiko sind die Gewinnausschüttungen der Schweizerische Nationalbank (SNB). Nachdem sie im Jahr 2023 keinen Gewinn an Bund und Kantone ausgezahlt hat, bleibt die weitere Entwicklung der Ausschüttungen stark vom Geschäftsverlauf der SNB abhängig.<sup>1</sup>

Mittelfristig stehen vor allem auf der Ausgabenseite mögliche Mehrbelastungen zur Diskussion, die sich bereits 2025 auf 1,6 Milliarden summieren. Dazu zählen die Beziehungen zur EU, wo zusammen Mehrausgaben von über 1 Milliarde möglich sind. Dabei geht es beispielsweise um die Beteiligung am Forschungsprogramm Horizon oder um einen möglichen regelmässigen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Stabilität in Europa. Zusätzliche Ausgaben könnten auch für die Schutzsuchenden aus der Ukraine anfallen oder für den Wiederaufbau der Ukraine. Längerfristig drohen Mehrbelastungen auf der Einnahmenseite vor allem in Form von Steuerreformen (Reform der Ehe- und Familienbesteuerung / Individualbesteuerung).

<sup>1</sup> Gemäss Nationalbankgesetz ist die SNB verpflichtet, aus ihrem Jahresergebnis Rückstellungen zu bilden, um die Währungsreserven auf der geld- und währungspolitisch erforderlichen Höhe zu halten. Der nach Dotation der Rückstellungen verbleibende Gewinn steht grundsätzlich für die Ausschüttung an Bund und Kantone zur Verfügung.

## 2 Einleitung

Das vorliegende Dokument mit dem Titel "Öffentliche Finanzen der Schweiz" ist die Hauptpublikation der Sektion Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Diese jährliche Publikation erscheint in der Regel im Oktober und steht nur in elektronischer Form zur Verfügung.

Da ein breites Angebot an Datentabellen der Finanzstatistik auf der [Website der EFV](#) abrufbar ist, richtet sich der Fokus in dieser Hauptpublikation auf die visuelle Datenpräsentation. Die den Grafiken zugrundeliegenden Datentabellen können mit einem Klick auf das Icon rechts oberhalb der Grafik zusätzlich im Excel-Format heruntergeladen werden. Zudem werden ab diesem Herbst sämtliche Daten der Finanzstatistik auf dem neuen [Datenportal der EFV](#) der EFV publiziert und auch in Form von Dashboards visualisiert. Die national vergleichbaren Daten (FS) sind über den folgenden Link verfügbar: [Öffentliche Finanzen der Schweiz](#). Die international vergleichbaren Daten (GFS) sind hier abrufbar: [Öffentliche Finanzen im internationalen Vergleich](#).

Diese Publikation befasst sich vorrangig mit der Entwicklung der Finanzen des Staatssektors als Ganzes. Die wichtigsten Entwicklungen der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) werden stellenweise in einigen Grafiken dargestellt und im Text erläutert.

Kapitel 3 dieser Hauptpublikation präsentiert die Entwicklung und Struktur der Einnahmen und Ausgaben nach Arten, die Struktur und Entwicklung der Ausgaben nach Funktionen sowie die Struktur und Entwicklung der Bilanz. Kapitel 4 stellt die wichtigsten Indikatoren der öffentlichen Finanzen im internationalen Vergleich dar.

Die vorliegende Publikation enthält die definitiven Zahlen der Finanzstatistik zu den öffentlichen Haushalten für das Jahr 2021 nach [nationalen](#) und [internationalen](#) Statistikstandards. Darin werden auch die ersten provisorischen Ergebnisse für das Jahr 2022 sowie Schätzungen und Prognosen der Hauptaggregate für die Jahre 2023 und 2024 präsentiert. Auf der Website der EFV sind für gewisse Aggregate auch Prognosen bis 2027 abrufbar.

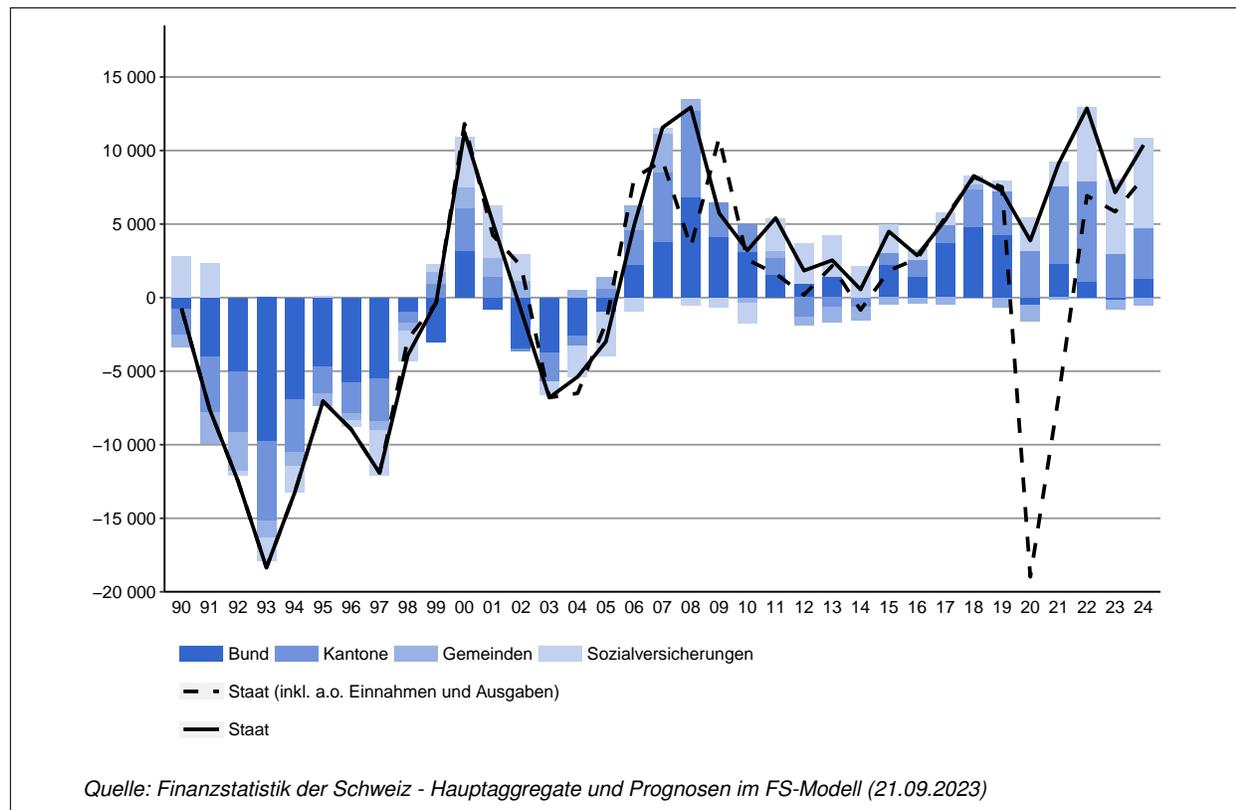
### 3 Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Das FS-Modell dient der nationalen Vergleichbarkeit der einzelnen öffentlichen Haushalte. Grundlage dafür bilden die nationalen Rechnungslegungsmodelle für die Kantone und Gemeinden (HRM1 und HRM2) und des Bundes (NRM). In diesem Kapitel werden für den Sektor Staat die wichtigsten Finanzkennzahlen (Ergebnis, Einnahmen, Ausgaben, Bilanz und Schulden) nach dem nationalen FS-Modell präsentiert.

#### 3.1 Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben

**Finanzierungsergebnis** - Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 1990-2024. Die schwarze Kurve und die blauen Balken stellen die Entwicklung des ordentlichen Finanzierungsergebnisses, d.h. die Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und ordentlichen Ausgaben, für den Sektor Staat sowie dessen Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen) dar. Die gestrichelte schwarze Linie veranschaulicht die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Abbildung 1: Finanzierungsergebnis 1990–2024 (Mio. CHF)



In den Jahren 2014-2019 verbesserte sich die finanzielle Lage des Staates, sowohl im ordentlichen Finanzierungsergebnis als auch bei ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben. Die Corona-Pandemie brachte 2020 jedoch die grösste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterliess tiefe finanzielle Spuren. Hohe Ausgaben im Gesundheitswesen und zur Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen führten zu einem Finanzierungsdefizit von 19 Milliarden Franken.

Im Jahr 2021 setzte sich die Pandemie-bedingte Belastung fort, wobei die Staatsausgaben auf einem hohen Niveau von 249,6 Milliarden Franken verharrten. Diese Ausgaben wurden vor allem für Unterstützungsmassnahmen für Einkommen, den Arbeitsmarkt und Gesundheitsmassnahmen aufgewendet. Obwohl sich die Staatseinnahmen im Vergleich zu 2020 verbesserten, blieb ein Finanzierungsdefizit von 6,7 Milliarden Franken bestehen. Trotz der anhaltenden finanziellen Herausforderungen bedeutet dies jedoch eine signifikante Reduzierung des Defizits im Vergleich zu 2020.

**Jahr 2022** - Die Schweizer Wirtschaft und damit auch die Lage der gesamten öffentlichen Finanzen haben sich 2022 mit dem Ende der Corona-Pandemie deutlich verbessert. Nicht vollständig ausgeschöpfte Mittel zur Abfederung der Corona-Pandemie sowie das solide Steuerwachstum bei den Kantonen und die relativ geringeren Ausgaben und höheren Einnahmen der Sozialversicherungen tragen wesentlich zur positiven Finanzentwicklung des Sektors Staat bei. So wird im FS-Modell für den Gesamtstaat vor allem dank der hohen positiven Finanzierungssaldi der Kantone und Sozialversicherungen ein Überschuss von 6,9 Milliarden erwartet. Die Einnahmen steigen um 7,1 Milliarden, während die Ausgaben mit 243,1 Milliarden um 6,5 Milliarden deutlich zurückgegangen sind.

Die Hauptfaktoren für dieses positive Ergebnis sind hauptsächlich auf die Kantone zurückzuführen, die einen positiven Finanzierungssaldo von 5,0 Milliarden aufweisen, sowie auf die Sozialversicherungen, die ebenfalls mit einem positiven Saldo von 5,0 Milliarden abschliessen. Im Gegensatz dazu weisen die Teilsektoren Bund und Gemeinden ein negatives Finanzierungsergebnis von -2,9 Milliarden bzw. -0,2 Milliarden auf.

Die Bruttoschulden nahmen 2022 um 5,4 Milliarden auf rund 240 Milliarden Franken zu, wobei die Nettoschulden um 4,8 Milliarden auf 119,1 Milliarden abnehmen. Die unterschiedliche Entwicklung der Brutto- und Nettoschulden ist unter anderem auf den höheren Liquiditätsbestand beim Bund zurückzuführen.

Die Zahlen 2022 sind mit Unsicherheit behaftet, da sie teilweise noch auf geschätzten Werten basieren.

**Jahr 2023** - Gestützt von einer starken Nachfrage verzeichnete die Schweizer Wirtschaft anfangs 2023 ein positives Wachstum. Diese positive Entwicklung verlangsamte sich im 2. Quartal und die neusten Zahlen zeigen eine stagnierende Wirtschaftsentwicklung im 3. Quartal. Die Stagnation ist dabei vor allem auf eine geringere Zunahme der Exporte aufgrund des stärkeren Frankens und tieferen Ausrüstungsinvestitionen als Reaktion auf die niedrigere Kapazitätsauslastung zurückzuführen. Dies wird 2023 voraussichtlich zu einem unterdurchschnittlichen Wachstum von 1.3 % des (realen) BIP im Vergleich zum Vorjahr führen.

Trotz des insgesamt unterdurchschnittlichen Wachstums wird ein weiterhin positives Ergebnis des Gesamtstaates 2023 von 5,8 Milliarden erwartet, das wiederum grösstenteils von den positiven Finanzierungssalden der Kantone und Sozialversicherungen geprägt ist. Die Sozialversicherungen profitieren dabei weiterhin von der stabil hohen Beschäftigungslage, was zu Minderausgaben und Mehreinnahmen führt. Der Teilsektor Bund wird auch 2023 wie in den letzten drei Vorjahren ein Finanzierungsdefizit aufweisen. Das Defizit verringert sich aber um 1.7 Milliarden gegenüber dem Vorjahr auf 1.2 Milliarden.

Die ausserordentlichen Ausgaben des Gesamtstaats dürften sich gegenüber den beiden Vorjahren reduzieren und auf 1,8 Milliarden Franken im Jahr 2023 belaufen. Sie fallen mehrheitlich beim Bund und den Kantonen an und setzen sich aus Transfers vom Bund an die Kantone zur Finanzierung deren Ausgaben für Sozialhilfepauschalen der Schutzsuchenden aus der Ukraine zusammen. Den ausserordentlichen Ausgaben des konsolidierten Gesamtstaats stehen ausserordentliche Einnahmen von 474 Millionen Franken gegenüber. Diese fallen grösstenteils beim Bund an und umfassen Rückzahlungen von Covid Krediten und Darlehen sowie ausserordentliche Einnahmen aufgrund der Risikoprämie des Liquiditätshilfe-Darlehens an die Credit Suisse.

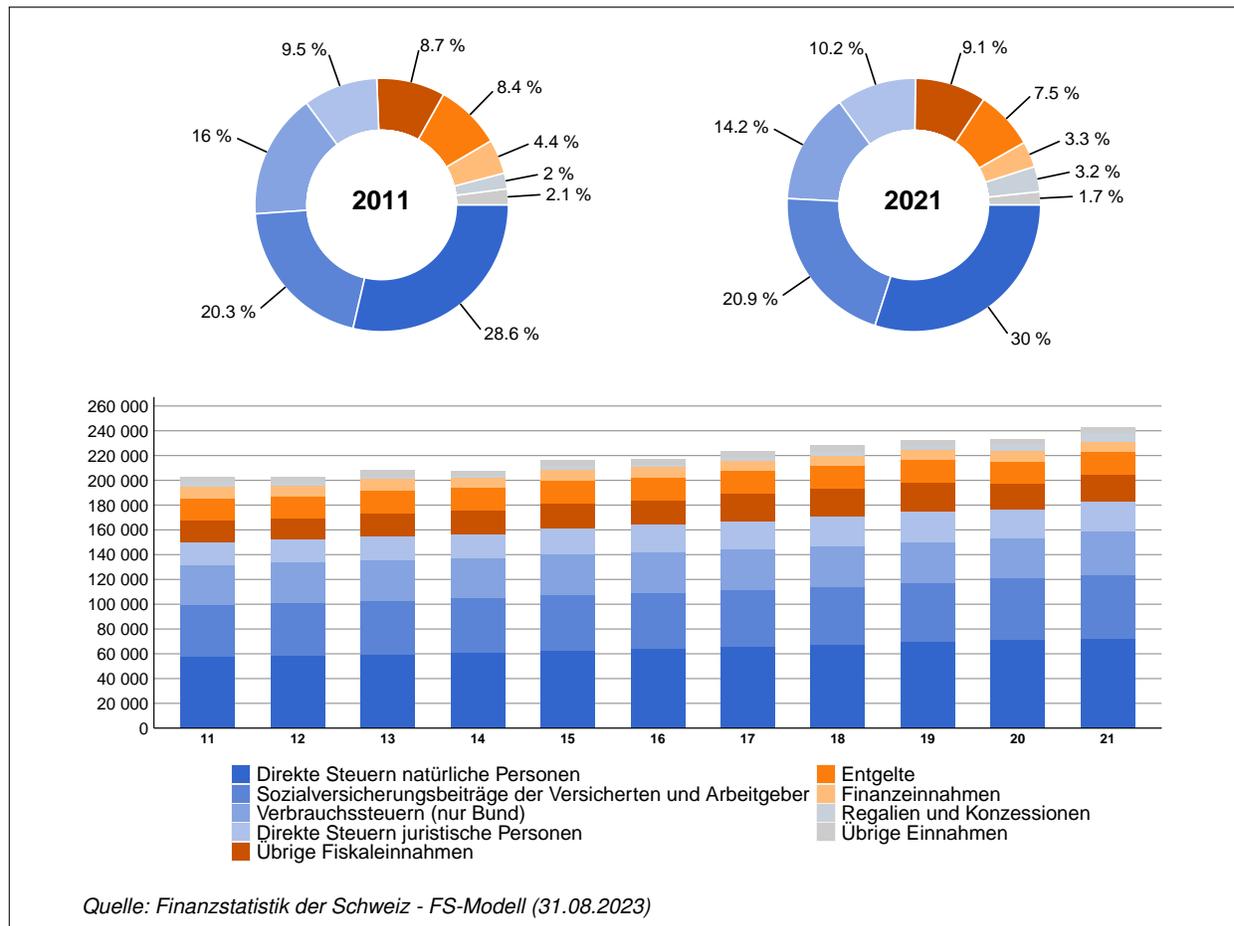
**Jahr 2024** - Für Ende 2024 wird für die Schweiz ein ähnlich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum wie 2023 prognostiziert. International gesehen dürften die Inflationsraten aufgrund der restriktiveren Geldpolitik weiter zurückgehen, und es wird eine gewisse Erholung der globalen Nachfrage erwartet. Hingegen dürfte es einen Rückgang der Konsumnachfrage geben. Nichtsdestotrotz wird ein positives Ergebnis des Gesamtstaates von 8,2 Milliarden Franken (1,0 % des BIP) erwartet. Hauptgründe dafür sind die restriktivere Ausgabenpolitik auf Kantonesebene sowie wachsende Einnahmen der Sozialversicherungen aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Rahmen der Reform der AHV. Für den Teilsektor Bund wird ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 0,8 Milliarden prognostiziert. Grund für das erneute Defizit sind vor allem höhere ausserordentliche Ausgaben aufgrund des Krieges in der Ukraine und dem Kapitalzuschuss an die SBB.

**Risiken** - Die grösste Unsicherheit für die öffentlichen Finanzen besteht darin, dass sich die Wirtschaftslage aufgrund der Auswirkungen internationaler Entwicklungen (Krieg in der Ukraine, stärker steigende Energie- und Rohstoffpreise, weitere Bezugs- und Lieferschwierigkeiten von Rohstoffen und Waren) verschlechtern könnte. Um die Inflation zu bekämpfen, könnte zudem die Geldpolitik weltweit und in der Schweiz noch restriktiver werden. Diese Risiken hätten höhere Staatsausgaben und verminderte Fiskaleinnahmen zur Folge, was die Staatsfinanzen belasten würde. Nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) im Jahr 2023 keinen Gewinn an Bund und Kantone auszahlen wird, bleibt die weitere Entwicklung der Ausschüttungen stark vom Geschäftsverlauf der SNB abhängig. Dieser Verlauf ist mit grosser Unsicherheit verbunden.

Mittelfristig stehen vor allem auf der Ausgabenseite mögliche Mehrbelastungen zur Diskussion, die sich bereits 2025 auf 1,6 Milliarden summieren. Dazu zählen die Beziehungen zur EU, wo insgesamt Mehrausgaben von über 1 Milliarde möglich sind. Dabei geht es beispielsweise um die Beteiligung am Forschungsprogramm Horizon oder um einen möglichen regelmässigen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Stabilität in Europa. Zusätzliche Ausgaben könnten auch für die Schutzsuchenden aus der Ukraine anfallen oder für den Wiederaufbau der Ukraine. Längerfristig drohen Mehrbelastungen auf der Einnahmenseite vor allem in Form von Steuerreformen (Reform der Ehe- und Familienbesteuerung / Individualbesteuerung).

**Einnahmen nach Arten** - Die definitiven Zahlen der Finanzstatistik für das Jahr 2021 geben Aufschluss über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung und die Struktur der Einnahmen des Staatssektors gemäss der Artengliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2).

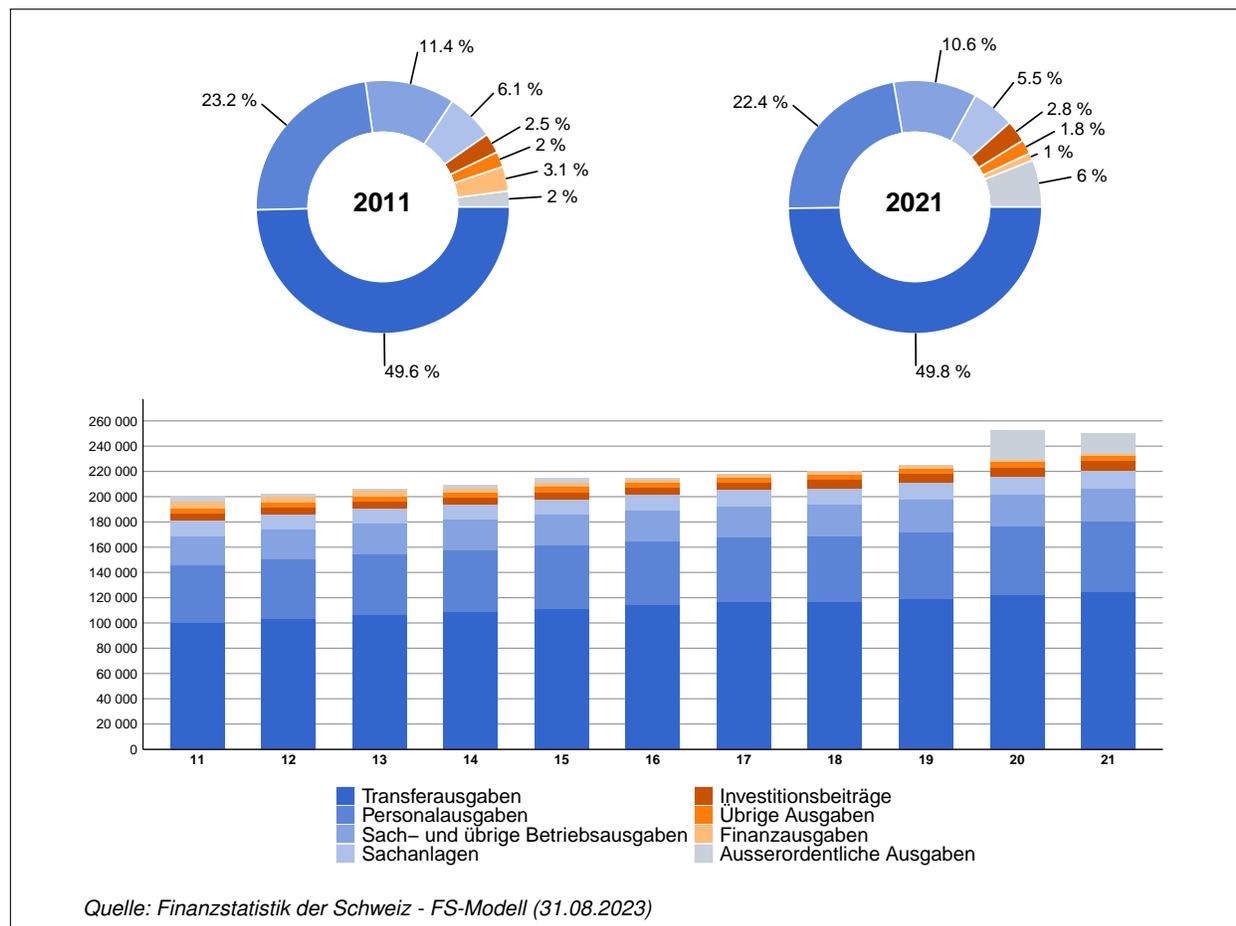
Abbildung 2: Einnahmen nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)



Seit 2011 stiegen die Staatseinnahmen um 40,6 Milliarden Franken, die ordentlichen Einnahmen verzeichneten einen Anstieg um 20,0 %. Wie der Abbildung 2 zu entnehmen ist, blieb die Finanzierungsstruktur des Staatssektors im Zeitraum 2011–2021 sehr stabil. Die Steuern als die wichtigste Finanzierungsquelle des Staats machten 2021 einen Anteil von 84,3 % an den Gesamteinnahmen aus. Von den Gesamteinnahmen in der Höhe von 243 Milliarden stammten rund 205 Milliarden Franken aus verschiedenen Steuerarten. Die Einnahmen aus den direkten Steuern der natürlichen Personen machten 2021 mit 30 % den grössten Anteil an den Gesamteinnahmen aus. An zweiter Stelle stehen die Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber, die im Jahr 2020 50,7 Milliarden Franken bzw. 20,9 % der Gesamteinnahmen generierten. Auf die beiden genannten Haupteinnahmekategorien entfällt seit 2011 rund die Hälfte der Einnahmen des Staatssektors. Dies dürfte auch in den nächsten Jahren so bleiben.

**Ausgaben nach Arten** - Die Struktur der Ausgaben nach Arten ist volatiler als diejenige der Einnahmen, wie der Abbildung 3 zu entnehmen ist. Die meisten Mittel des Sektors Staat flossen via Transferausgaben an die anderen Wirtschaftssektoren (Unternehmen, Haushalte). So auch die Ausgaben wegen der in der Corona-Krise ergriffenen Massnahmen, die 2021 hauptsächlich als ausserordentliche Transferzahlungen den krisenbetroffenen Unternehmen, Arbeitnehmenden und Selbstständigerwerbenden zugutekamen.

Abbildung 3: Ausgaben nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)



Über den Zeitraum von 10 Jahren betrachtet, legten die ordentlichen Transferausgaben um 24,8 Milliarden Franken zu. Sie sind gemessen an den Gesamtausgaben die grösste Ausgabenrubrik. Gegenüber 2011 stieg der Anteil an den Gesamtausgaben leicht von 49,6 % im Jahr 2011 auf 49,8 % im Jahr 2021. Rückläufig war dahingegen der Anteil der Finanzausgaben am Ausgabentotal, der zwischen 2011 und 2021 von 3,1 % auf 1 % sank. In diesem Zeitraum gehen die Finanzausgaben insgesamt um 3,9 Milliarden Franken zurück. Der Rückgang erklärt sich unter anderem durch anhaltend rückläufige Zinssätze und dem in dieser Zeit erfolgten Schuldenabbau.

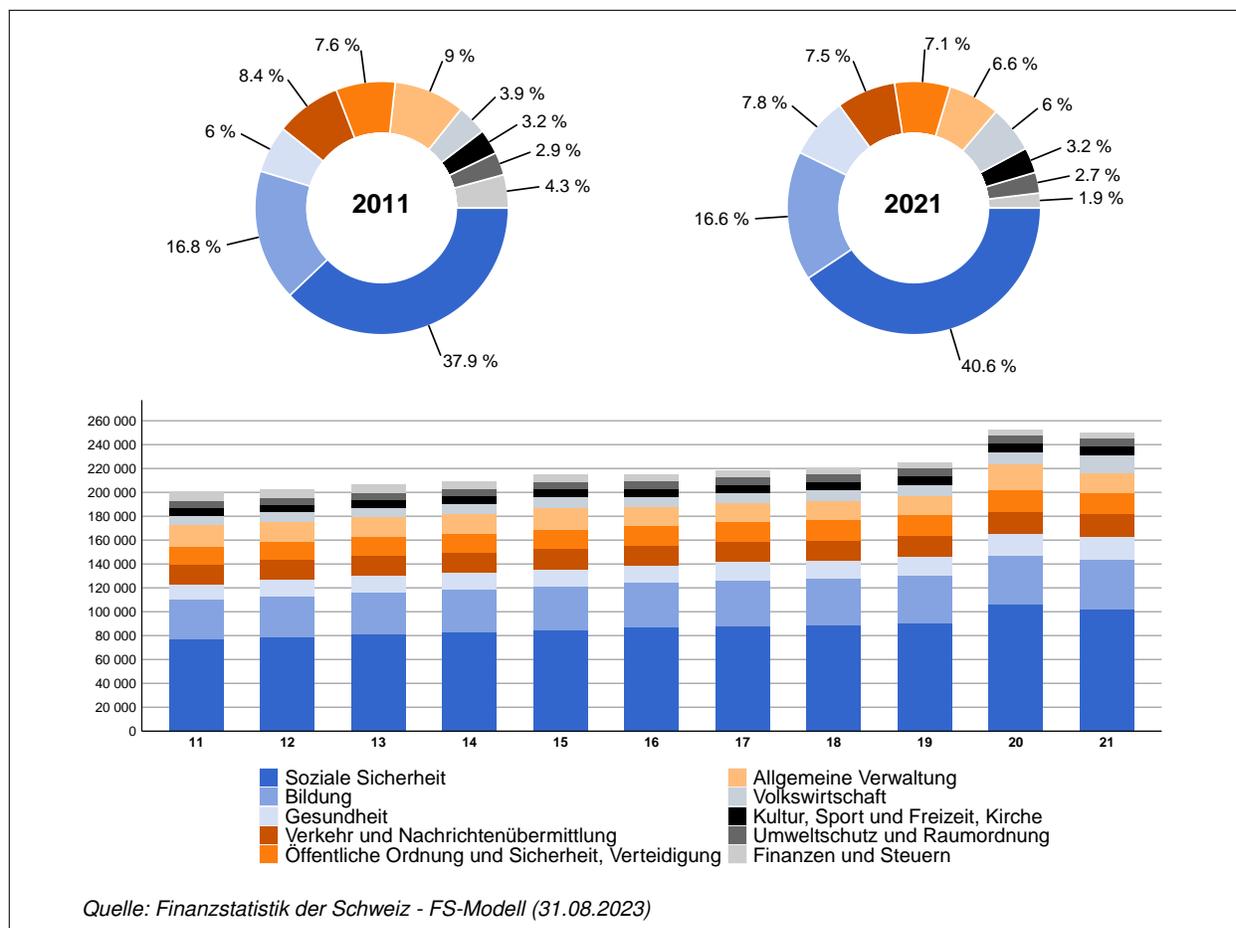
Wie aus der Abbildung 3 ebenso hervorgeht, stiegen die Personalausgaben sowie die Sach- und übrigen Betriebsausgaben seit 2011 um 20,5 % bzw. um 15,6 %. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben verminderten sich beide Ausgabenarten um 0.8 Prozentpunkte.

**Ausgaben nach Funktionen** - Die Entwicklung und die Struktur der Ausgaben des Staatssektors gemäss funktionaler Gliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sind in Abbildung 4 dargestellt. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2021 auf 250 Milliarden, gegenüber 2011 nahmen diese um rund 49 Milliarden Franken (bzw. um +24,4 %) zu. Auf die Aufgabebereiche "Soziale Sicherheit" und "Bildung" entfielen 2021 40,6 % bzw. 16,6 % der Gesamtausgaben des Sektors Staat.

Die Bildung stellt den zweitgrössten Ausgabenbereich in der funktionalen Gliederung dar. 2021 gab der Sektor Staat 41,4 Milliarden Franken für Bildung aus. Die ordentlichen Bildungsausgaben stiegen seit 2011 um 7,6 Milliarden Franken oder 22.5%. Die höchsten Zunahmen im 10-Jahresvergleich verzeichneten dabei die Rubriken "obligatorische Schule" (+4,0 Mrd.), "Hochschulen" (+1,7 Mrd.) und "Forschung" (+0,8 Mrd.).

Im Bereich der sozialen Sicherheit nahmen die ordentlichen Ausgaben seit 2011 um 19,1 Milliarden zu. Dies entspricht einem Anstieg um 25,1 %, er zeigt sich mehrheitlich in der Erhöhung der Ausgaben an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. So wuchsen die ordentlichen Ausgaben für "Alter + Hinterlassene" in diesem Zeitraum um 9,5 Milliarden auf 51,4 Milliarden Franken. Die Mittel für "Sozialhilfe und Asylwesene" verzeichneten seit 2011 einen Anstieg um 2,1 Milliarden Franken. Im gleichen Zeitraum stiegen die ordentlichen Ausgaben in den beiden Funktionsgruppen "Invalidität" sowie "Krankheit und Unfall" um rund 3 Milliarden Franken. Für die soziale Sicherheit gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2021 insgesamt 101,5 Milliarden Franken aus, davon waren 6,3 Milliarden ausserordentlich. Die ausserordentlichen Ausgaben waren vorwiegend für Kurzarbeitsentschädigungen infolge der Covid-19-Pandemie bestimmt. Eine Übersicht über die Ausgaben zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie findet sich im folgenden Abschnitt.

**Abbildung 4: Ausgaben nach Funktionen (Mio. CHF und Anteil am Total)**



**Ausgaben für die Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie und Ukraine Krise** - Tabelle 1 zeigt die Covid-Ausgaben des Bundes und der Kantone in Millionen Franken. Bei den Kantonen werden einerseits die Ausgaben aus eigenen Mitteln, andererseits die Ausgaben inklusive der erhaltenen Bundesbeteiligungen ausgewiesen. Die spezifischen Kantonsausgaben nach Funktionen sind exklusive der Bundesbeteiligungen dargestellt. Die Covid-Ausgaben des Teilssektors Bund machten für das Jahr 2020 16,4 %, 2021 15,4 %, und 2022 4,3 % gemessen an den Totalausgaben des Bundes aus. Bei den Kantonen war der Anteil hingegen bei 2,7 % in 2020, 6,8 % in 2021 und 2,0 % in 2022. Der Anteil der aufsummierten Covid-bedingten Ausgaben des Bundes und der Kantone an den Totalausgaben des Gesamtstaats betrug dabei 6,8 % in 2020, 6,6 % in 2021 und 2,2 % in 2022.

**Tabelle 1: Covid-Ausgaben nach Funktionen des FS-Modells (in Mio. CHF)**

	2020	2021	2022	2020-2022
	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Total
<b>Bund</b>	<b>14 672</b>	<b>13 738</b>	<b>3 532</b>	<b>31 943</b>
Allgemeine Verwaltung	333	271	60	664
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	9	5	1	14
Bildung	-	-	-	-
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	311	460	147	917
Gesundheit	815	1 908	1 840	4 563
<i>davon Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests</i>	194	1 184	1 202	2 580
Soziale Sicherheit	12 982	6 160	962	20 104
<i>davon Bundesbeitrag an die ALV</i>	10 775	4 338	664	15 777
<i>davon Leistungen Erwerbsersatz</i>	2 201	1 799	285	4 285
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	150	460	195	805
Umweltschutz und Raumordnung	-	-	-	-
Volkswirtschaft	74	4 474	328	4 875
<i>davon Bundesbeteiligung an kantonalen Härtefallmassnahmen für Unternehmen</i>	-	4 194	- 55	4 139
Finanzen und Steuern	-	-	-	-
Verschiedene Ausgaben	-	-	-	-
<b>Kantone exkl. Bundesbeteiligung</b>	<b>2 556</b>	<b>2 630</b>	<b>1 704</b>	<b>6 890</b>
Allgemeine Verwaltung	12	12	1	25
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	15	17	1	32
Bildung	- 117	- 86	- 65	- 268
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	268	254	92	615
Gesundheit	1 503	1 274	500	3 278
<i>davon Transferausgaben an Spitäler</i>	1 157	391	132	1 680
Soziale Sicherheit	188	47	- 19	216
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	189	179	29	398
Umweltschutz und Raumordnung	0	- 4 194	- 152	- 4 346
Volkswirtschaft	498	5 126	1 317	6 941
<i>davon Härtefallmassnahmen für Unternehmen</i>	424	4 880	1 294	6 598
Finanzen und Steuern	0	-	-	0
<b>Kantone inkl. Bundesbeteiligung</b>	<b>2 733</b>	<b>6 947</b>	<b>2 003</b>	<b>11 684</b>

Quelle: Finanzstatistik der Schweiz - Spezialauswertung (21.09.2023)

Im Teilssektor Bund ist der Aufgabenbereich "Soziale Sicherheit" die grösste Ausgabenposition, während dies bei den Kantonen der Gesundheitsbereich ist. Die Zusammensetzung der Ausgaben gegliedert nach Aufgabenbereichen änderte sich von Jahr zu Jahr. Während in 2020 eine Mehrheit der Ausgaben für die soziale Sicherheit beim Bund, resp. die Gesundheit bei den Kantonen, gebunden waren, spielten in 2021 bei den Kantonen vor allem die kantonalen Härtefallhilfen an Unternehmen im Aufgabenbereich Volkswirtschaft eine wichtige Rolle. Dass die Kantone die Härtefallmassnahmen an Unternehmen umsetzten, wird auch beim Anteil deren Covid-Ausgaben an den Totalausgaben in 2021 ersichtlich. So ist der Anteil der Covid-Ausgaben an den Totalausgaben der Kantone in 2021 markant gestiegen, und zwar von 2,7 % auf 6,8 %. Da der Bund aber den grössten Teil der Kosten in Bezug auf die Härtefallhilfen übernahm, sind die Kantonsausgaben aus eigenen Mitteln im Vergleich zu 2020 relativ unverändert geblieben.

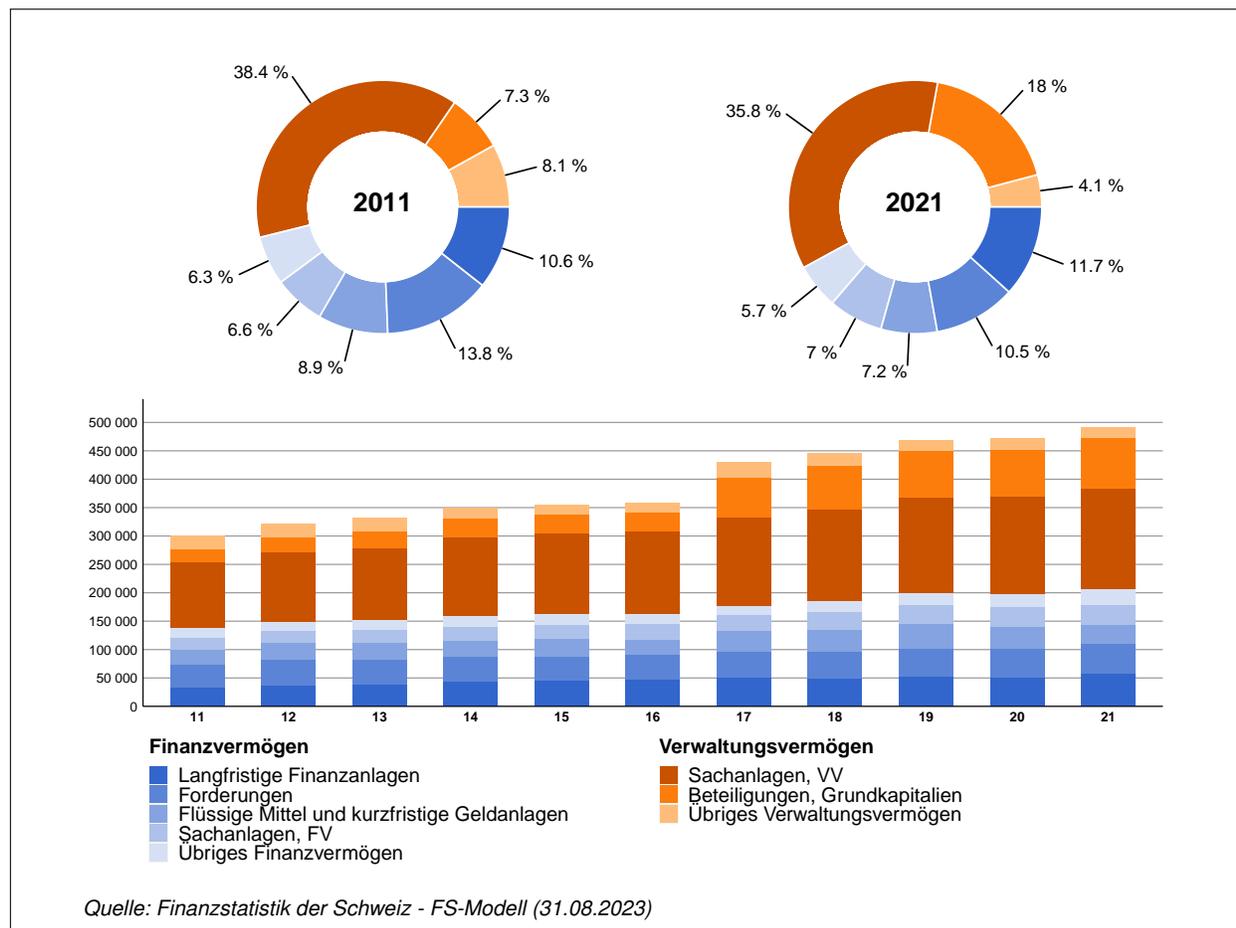
Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise betragen auf Bundesebene im Jahr 2022 rund 0,7 Milliarden. Auf Kantonsebene werden Ausgaben von 0,32 Milliarden erwartet, wobei die grösste Position (0,21 Milliarden) das Flüchtlingswesen und Wohnen betrifft. Für 2023 werden auf Bundesebene Kosten in Höhe von 1,7 Milliarden prognostiziert, wobei bei den Kantonen 0,36 Milliarden budgetiert sind.

## 3.2 Bilanz und Verschuldung

Der Unterabschnitt zu Bilanz und Verschuldung befasst sich mit der Entwicklung und Struktur der Bilanz des Staatssektors seit 2011. Zudem behandelt er auch die Entwicklung der Verschuldung im gleichen Zeitraum.

**Aktiven** - Ende 2021 beliefen sich die Aktiven der Staatsbilanz auf insgesamt rund 492 Milliarden Franken, dies sind 19,6 Milliarden (4,1 %) mehr als Ende 2020. Im 10-Jahresvergleich nahm die Bilanzsumme um 191,5 Milliarden Franken zu. Dieser starke Anstieg lässt sich zu einem grossen Teil den Aufwertungen der Aktiven durch die Kantone und Gemeinden beim Übergang zum neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) zuschreiben. Allein der Wert an Sachanlagen des Verwaltungsvermögens erhöhte sich seit Ende 2011 um 60,6 Milliarden Franken und machte 2021 35,8 % der Gesamtbilanz aus. Mit einem Mehrbetrag von rund 67 Milliarden Franken gegenüber 2010 wuchs auch die Rubrik "Beteiligungen und Grundkapitalien" stark. So erhöhte sich ihr Anteil am Total der Aktiven zwischen 2011 und 2021 von 7,3 % auf 18,0 %. Was das Finanzvermögen betrifft, nahm der Bestand an flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen gegenüber 2011 um 8,4 Milliarden Franken zu. Auch die langfristigen Finanzanlagen verzeichneten seit 2011 einen starken Anstieg (+25,7 Mrd.).

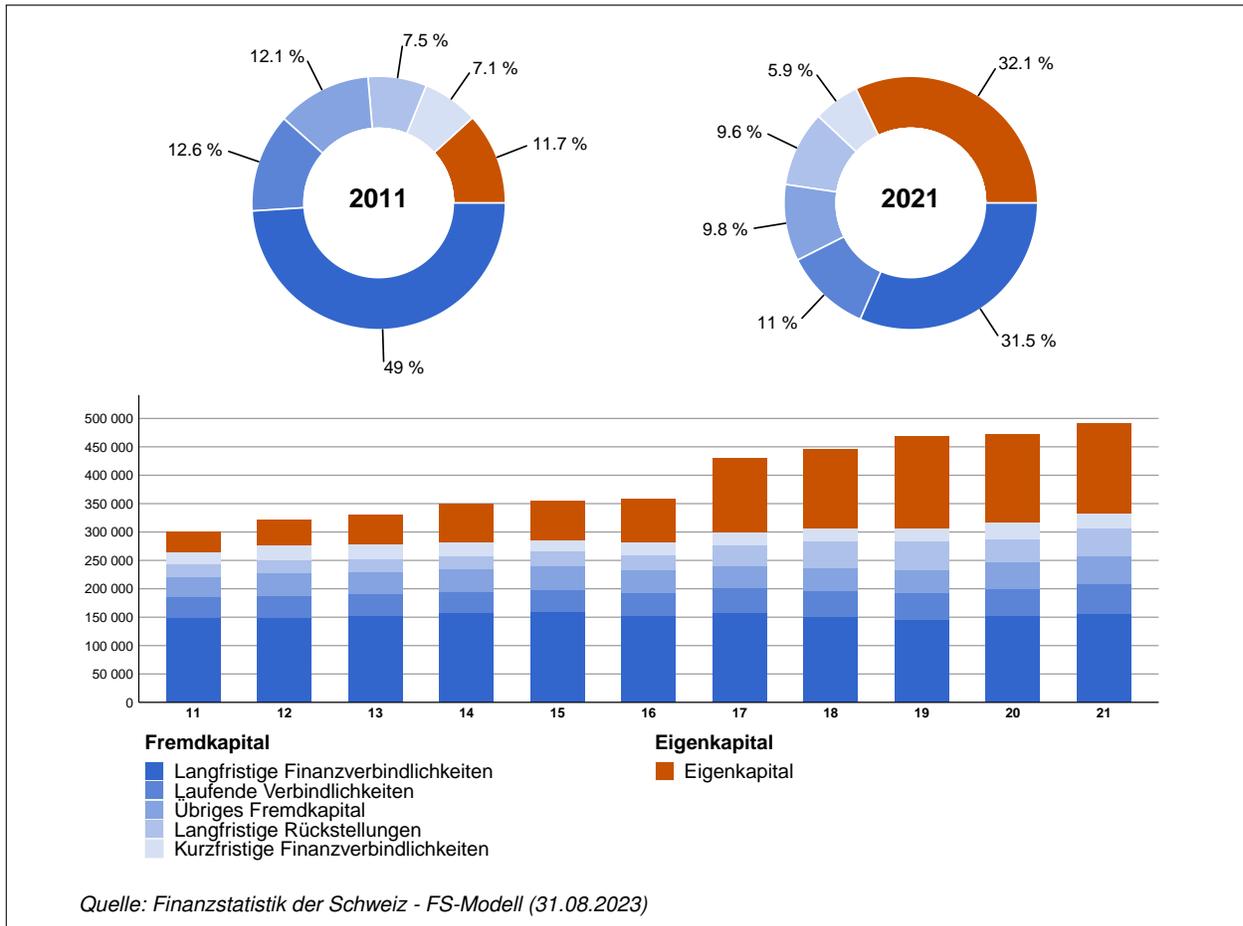
Abbildung 5: Aktiven nach FS (Mio. CHF und Anteil am Total)



**Passiven** - Gemäss den definitiven Zahlen der Finanzstatistik betrug das Fremdkapital des Staatssektors Ende 2021 333,9 Milliarden Franken. Im Vorjahresvergleich nahm es um 16,3 Milliarden und im 10-Jahresvergleich um 68,6 Milliarden Franken (+25,9 %) zu. Für die Veränderung innerhalb der 10 Jahre war primär die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen verantwortlich, die um rund 25 Milliarden Franken (+111,2 %) über dem Wert von Ende 2011 lagen. Der Anstieg der langfristigen Rückstellungen war im Wesentlichen dem Teilssektor Bund zuzuschreiben, dessen Rückstellungen für zukünftige Rückerstattungsforderungen stark wuchsen. Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie die passiven Rechnungsabgrenzungen stiegen im 10-Jahresvergleich ebenfalls deutlich an, um 7,5 bzw. 13,5 Milliarden Franken. Der starke Eigenkapitalanstieg beim Gesamtstaat schliesslich kam aufgrund der guten Ergebnisse und aufgrund von Anpassungen mit dem Wechsel auf HRM2 zustande. Gegenüber 2011 nahm das Eigenkapital um 122,8 Milliarden Franken zu.

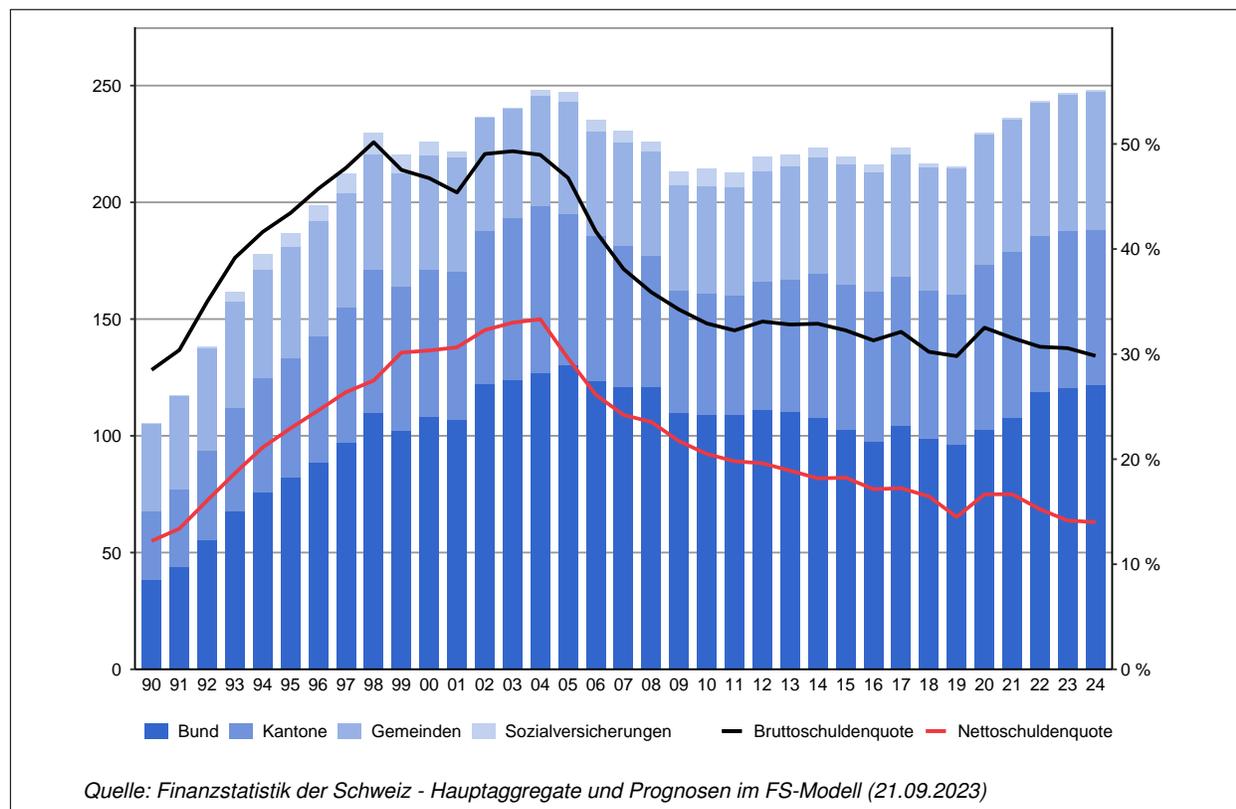
Die Entwicklung der verschiedenen Passivpositionen zeigt sich in der Abbildung 6. Der Anteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sank seit 2011 um 17,5 Prozentpunkte auf 31,5 % der gesamten Passiven. Dafür erhöhte sich in diesem Zeitraum der Eigenkapitalanteil um 20,4 Prozentpunkte auf 32,1 %.

Abbildung 6: Passiven nach FS (Mio. CHF und Anteil am Total)



**Verschuldung** - Die Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach Abzug des bilanzierten Wertes der kurz- und langfristigen derivativen Finanzinstrumente sowie des Bilanzwerts der passivierten Investitionsbeiträge entspricht den Bruttoschulden gemäss dem harmonisierten Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2). Nach Definition des HRM2 setzen sich die Nettoschulden zusammen aus dem gesamten Fremdkapital abzüglich den passivierten Investitionsbeiträgen und dem Finanzvermögen. Abbildung 7 veranschaulicht die Entwicklung der nominalen Bruttoschulden seit 1990 für den Staatssektor und die vier Teilsektoren (blaue Balken) sowie die Entwicklung der Bruttoschulden (schwarze Kurve) und der Nettoschulden (rote Kurve) in Prozent des nominalen BIP für den Staatssektor.

**Abbildung 7: Schuldenentwicklung nach FS in Mrd. CHF (linke Skala) und in % nominelles BIP (rechte Skala)**



Die nominalen Bruttoschulden stiegen Anfang der Neunzigerjahre in hohem Tempo und erreichten 2004 mit 245,9 Milliarden Franken einen Höchstwert. 2004 begannen die Bruttoschulden dank einer günstigen Wirtschaftslage, der Einführung der Schuldenbremse beim Bund sowie den Fiskalregeln bei den Kantonen und Gemeinden nominal und in Prozent des BIP zu sinken. Dieser Trend hielt bis 2011 an und verlangsamte sich dann deutlich. Zwischen 2012 und 2019 stabilisierten sich die Bruttoschulden bei 215 Milliarden Franken. Zur Finanzierung der Corona-bedingten Mehrausgaben erhöhten die öffentlichen Haushalte in Folge die Bruttoschulden deutlich. Gemäss aktueller Schätzung dürften die Bruttoschulden des Staats Ende 2024 den Stand von 245,6 Milliarden Franken erreichen, wobei ab 2026 ein kontinuierlicher Schuldenabbau einsetzen dürfte.

Die Kurve der Nettoschulden verläuft ähnlich wie jene der Bruttoschulden, jedoch auf tieferem Niveau. Die Zunahme der Nettoverschuldung in den Jahren 2020 und 2021 ist auf die Finanzierung der Ausgaben in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen. Diese Mehrausgaben des Bundes und der Kantone wurden einerseits mit Mitteln des Finanzvermögens finanziert, andererseits über Finanzverbindlichkeiten (Geldmarktbuchforderungen und Anleihen) gedeckt.

## 4 Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)

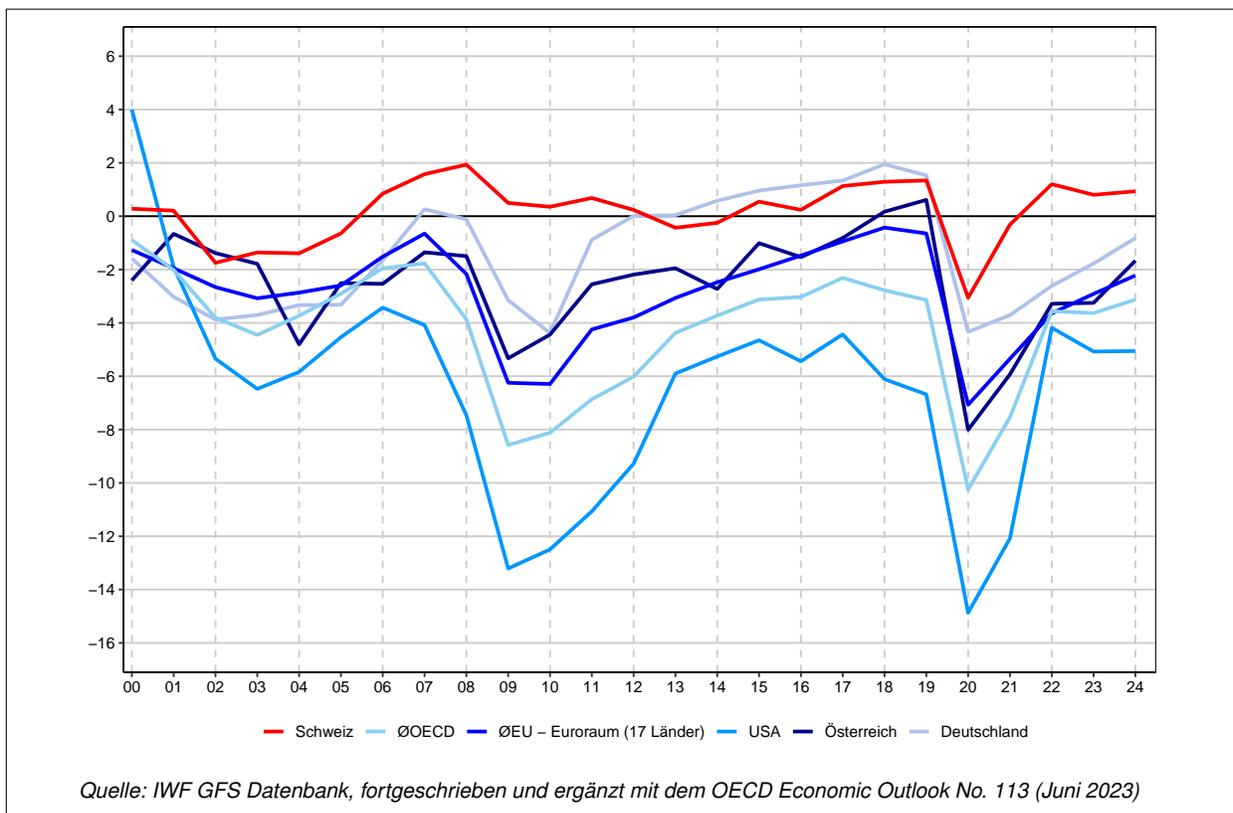
Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit werden die Finanzen der öffentlichen Haushalte auch nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

### 4.1 Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben

Dieses Unterkapitel vergleicht den Finanzierungssaldo sowie die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte der Schweiz mit einzelnen ausgewählten Ländern und Länderdurchschnitten. Zudem werden die Ausgaben der Schweiz nach der Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staats (Classification of the Functions of Government, kurz COFOG) international verglichen.

**Finanzierungssaldo** - Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte ergibt sich aus der Differenz zwischen den Gesamteinnahmen und -ausgaben nach den Richtlinien des IWF. Im Verhältnis zum nominalen BIP entspricht er der Defizit-/Überschussquote des Sektors Staat. Die Normalisierung mit dem BIP ermöglicht die Vergleichbarkeit zwischen Ländern. Nachfolgende Abbildung zeigt die Defizit-/Überschussquoten der Schweiz, der Nachbarstaaten Deutschland und Österreich, der USA sowie der OECD und des Euroraums. Die Quote der Schweiz liegt mehrheitlich über den anderen Quoten, in den Jahren 2013 bis 2019 liegt einzig jene von Deutschland leicht darüber.

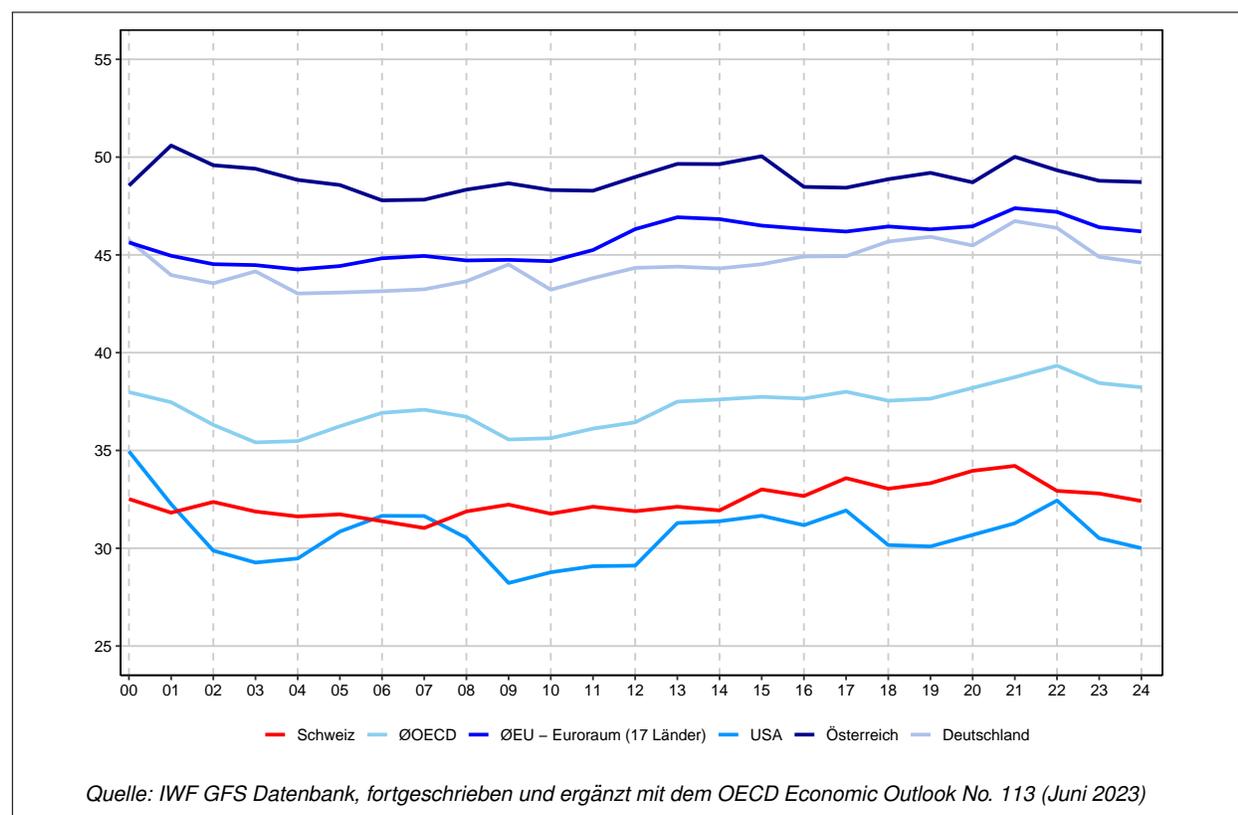
Abbildung 8: Entwicklung der Defizit-/Überschussquoten (in % des nom. BIP)



Die Covid-19-Pandemie führte im Jahr 2020 zu Rekorddefiziten in den öffentlichen Finanzen der meisten Länder. Im Vergleich mit den Ländern der OECD und im Euroraum fiel das Finanzierungsdefizit in der Schweiz geringer aus. Seit 2022 bewegt sich der Finanzierungssaldo der Schweiz wieder im positiven Bereich, wobei sich auch die Saldi der USA, der OECD und der Länder des Euroraums gegenüber 2020 deutlich verbessern.

**Einnahmenquote** - Die Einnahmenquote stellt die Einnahmen des Staats relativ zur Wirtschaftsleistung (BIP) dar. Die Entwicklung dieser Quote ist demnach abhängig vom Ausmass und von der Richtung wie sich die Einnahmen und das BIP entwickeln. Seit 2000 zeigen die Einnahmenquoten der abgebildeten Länder grundsätzlich eine stabile, leicht aufsteigende, Entwicklung. Die Einnahmen des Staats hängen primär von den Einnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen des privaten Sektors ab. Da die Einnahmen des privaten Sektors grundsätzlich von der Wirtschaftsleistung des Landes abhängen, ändert sich deshalb das Verhältnis von Staatseinnahmen relativ zum BIP, und damit die Einnahmenquote, nur wenig. Einzig in den USA kann eine volatilere Entwicklung über den abgebildeten Zeitraum festgestellt werden.

**Abbildung 9: Entwicklung der Einnahmenquoten (in % des nom. BIP)**



Im Jahr 2021 nahm die Einnahmenquote der Länder des Euroraums (+0,9 Prozentpunkte) und der OECD (+0,5 Prozentpunkte) leicht zu. Das Wachstum war vor allem auf die wirtschaftliche Erholung in Folge der Lockerungen der Corona-Massnahmen zurückzuführen. Dabei stiegen die Einnahmen noch stärker als das Wirtschaftswachstum. In den USA erhöhte sich deswegen die Einnahmenquote von 30,7 % auf 31,3 % des BIP. Auch Deutschland (+1.2 Prozentpunkte) und Österreich (1,3 Prozentpunkte) verzeichnen einen Anstieg. Für die Schweiz nahm die Quote um 0,2 Prozentpunkte zu.

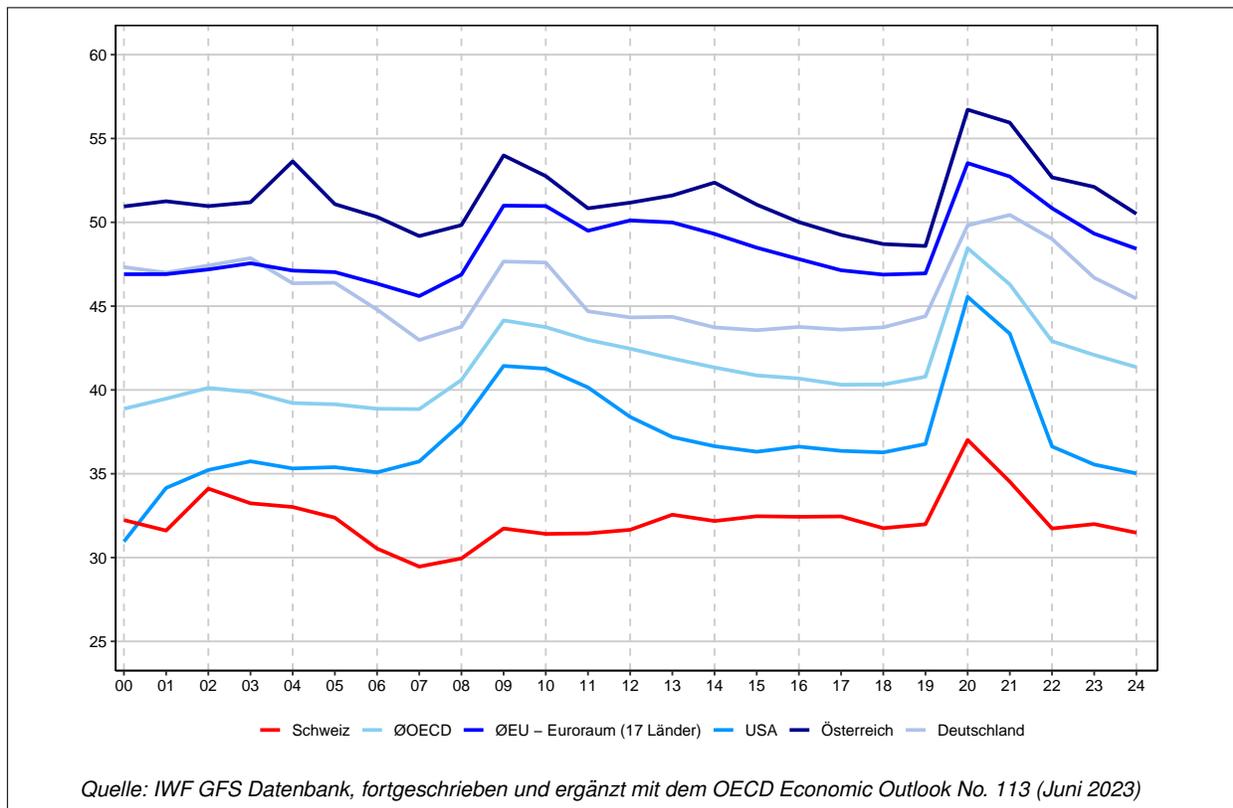
2022 zeigt die Einnahmequote unterschiedliche Entwicklungen. Im Durchschnitt sinken die Einnahmenquoten der Länder im Euroraum um 0,2 Prozentpunkte, wohingegen bei der OECD die Einnahmequote im Durchschnitt um 0,6 Prozentpunkte anstieg. Deutschland und Österreich verzeichnen bei der Einnahmequote einen Rückgang um 0,3 bzw. 0,7 Prozentpunkte. Auch in der Schweiz nahm die Einnahmequote ab und sank um 1,3 Prozentpunkte auf 32,9 %. Der Hauptgrund für den Rückgang der Einnahmequote in der Schweiz ist der starke Anstieg des BIP um 5,1 % in diesem Zeitraum. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Deutschland und Österreich wo das BIP um 7,2 % respektive 10,1 % gestiegen ist.

Gemäss Schätzungen des OECD Economic Outlook wird in 2023 bei den meisten Ländern ein Rückgang der Einnahmenquoten erwartet. Dies gilt auch für die Schweiz wo die Einnahmenquote 32,8% betragen dürfte, was einem Rückgang von 0,1 Prozentpunkt gegenüber 2022 entspricht. Für den Euroraum wird mit einer Abnahme um 0,8 Prozentpunkte gerechnet. Ein stärkerer Rückgang der Einnahmequote ist in Deutschland (-1,5 Prozentpunkte gegenüber 2021) und den USA (-1,9 Prozentpunkte) zu erwarten. Auch für 2024 wird in diesen Ländern und Regionen ein Rückgang der Einnahmequote erwartet, obwohl der Rückgang etwas gebremst wird. Für die Schweiz reduziert sich die Quote um 0,4 Prozentpunkte auf 32,4 % im Jahr 2024. Stärker wird die Einnahmequote für die USA abnehmen, diese wird sich um 0,5 Prozentpunkte auf 30,0 % reduzieren. Der Rückgang der Einnahmenquote in den meisten Ländern dürfte grundsätzlich durch das zum Teil inflationsbedingte starke nominelle Wirtschaftswachstum für 2023 und 2024 erklärt werden.

Die wirtschaftlichen Folgen der Ukraine Krise und der restriktiveren Geldpolitik in Folge der höheren Inflation sind zurzeit allerdings noch unklar. Entsprechend ist die Prognose der Einnahmenquote auch von der wirtschaftlichen Unsicherheit betroffen.

**Staatsquote** - Die Staatsquote stellt die Ausgaben des Staats relativ zur Wirtschaftsleistung (BIP) dar. In Abbildung 10 sticht der sprunghafte Anstieg und darauffolgende Rückgang der Staatsquoten ab Jahr 2020 ins Auge. Als Folge der Covid-19-Pandemie führten 2020 die Massnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise zu stark steigenden Ausgaben. Der starke Rückgang der Wirtschaftsleistung verstärkte ausserdem den Anstieg der Staatsquote der Länder. Aufgrund der wirtschaftlichen Normalisierung nach der Pandemie sinkt die Staatsquote daraufhin deutlich und bewegt sich in den meisten Ländern wieder in Richtung Vorkrisenniveau.

**Abbildung 10: Entwicklung der Staatsquoten (in % des nom. BIP)**

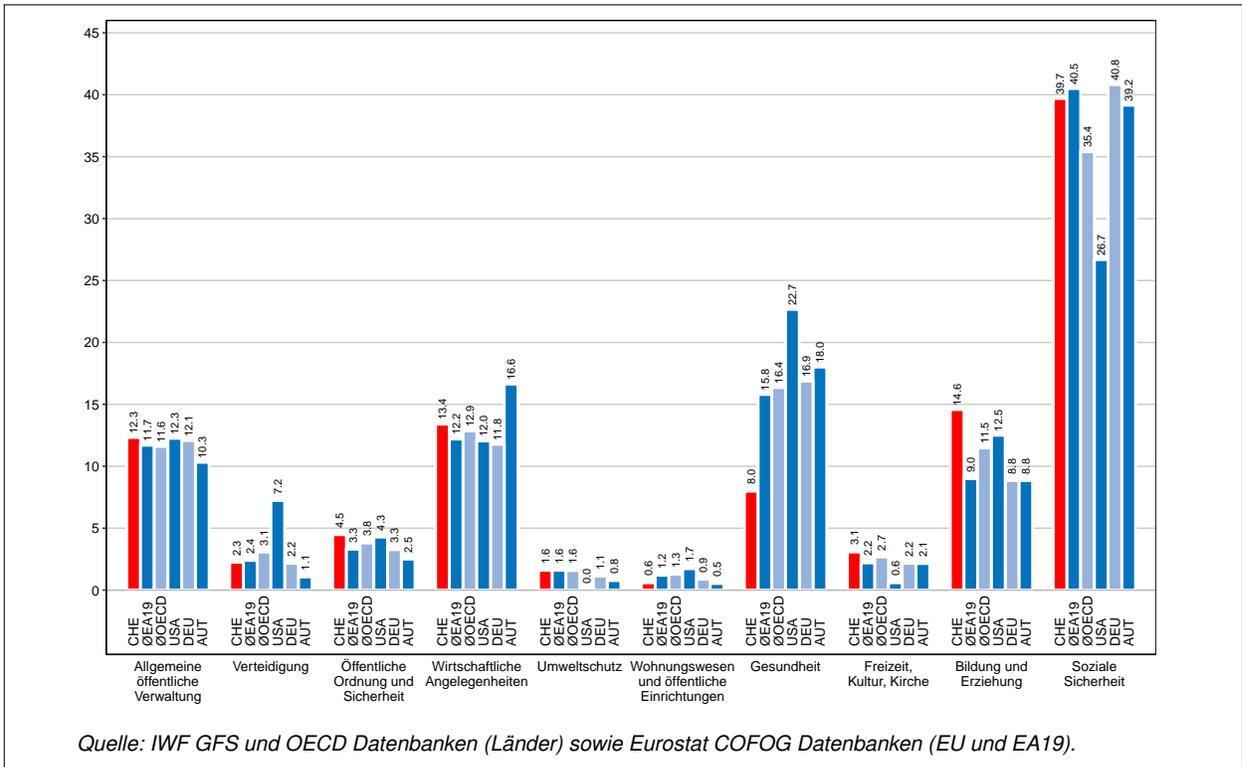


Im Jahr 2020 und 2021 beliefen sich die staatlichen Gesamtausgaben im Euroraum (19 Länder) auf 53,5 respektive 52,7 % des BIP. Gegenüber 2019 nahmen sie um 6,6 beziehungsweise 5,8 Prozentpunkte zu. Diese Erhöhung ist auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Für die Schweiz erhöhte sich die Staatsquote um 5,0 und 2,5 Prozentpunkte, vergleicht man 2020 und 2021 mit der Staatsquote von 2019. Nach einem Höchstwert von 37,0 % beträgt sie Ende 2021 34,5 % des BIP und ist aufgrund der wirtschaftlichen Erholung 2022 weiter zurückgegangen und beträgt noch 31,7 %. Sie liegt damit wieder auf dem Vorkrisenstand.

Gemäss den aktuellen Prognosen der Eidg. Finanzstatistik dürfte die Staatsquote der Schweiz 2023 auf 32,0 % des BIP zu stehen kommen und für 2024 um weiterer 0.5 Prozentpunkte auf 31.5 % zurückgehen. Im Vergleich mit den anderen abgebildeten Staatsquoten bleibt damit jene der Schweiz weiterhin tief.

**Ausgaben nach COFOG im internationalen Vergleich** - Abbildung 11 zeigt für welche Aufgabenbereiche im Jahr 2021 am meisten Gelder im Verhältnis zum Total der Staatsausgaben ausgegeben wurden.

**Abbildung 11: Staatsausgaben nach Funktionen (COFOG) in 2021 (in % der Totalausgaben)**



Wie in der Schweiz stehen die Staatsausgaben für “Soziale Sicherheit” auch auf internationaler Ebene an erster Stelle. Aus der Abbildung ersichtlich ist, dass 2021 mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben auf die beiden Aufgabengebiete “Soziale Sicherheit” und “Gesundheit” entfielen. Im Länderdurchschnitt des Euroraums betragen die Anteile an den Gesamtausgaben für diese beiden Bereiche 40,5 % bzw. 15,8 %. Die anderen Aufgabengebiete mit einem grossen Anteil an den gesamten Staatsausgaben im Euroraum waren “Allgemeine öffentliche Verwaltung” (11,7 %), “Wirtschaftliche Angelegenheiten” (12,2 %) sowie “Bildung und Erziehung” (9,0 %). Im Vergleich zu Europa gaben die USA weniger für den Bereich “Soziale Sicherheit” (26,7 %), dafür aber weit mehr für die Bereiche “Gesundheit” (22,7 %) und “Verteidigung” (7,2 %) aus. Im Zuge der Bekämpfung der Covid-Pandemie blieben die Mittel für “Soziale Sicherheit” und “Wirtschaftliche Angelegenheiten” in den USA auf höherem Niveau gegenüber der Periode vor der Pandemie. Die Anteile an den Gesamtausgaben gegenüber 2019 stiegen im Vergleich zu 2021 um 6,9 bzw. 3,2 Prozentpunkte.

In der Schweiz betrug 2021 der Anteil für “Soziale Sicherheit” an den Gesamtausgaben 39,7 %, er lag damit leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums. Gemessen an der Wirtschaftsleistung variierte der Anteil für “Soziale Sicherheit” zwischen 8,7 % (Irland) und 24,8 % des BIP (Frankreich). Neun Staaten des Euroraums, darunter Italien (23,5 %), Österreich (22,1 %) und Deutschland (20,9 %) wendeten für den “Soziale Sicherheit” mindestens 20 % des BIP auf. In der Schweiz reduzierte sich der Anteil für die Soziale

Sicherheit von 16,1 % des BIP im Jahr 2020 auf 13,7 % des BIP im Jahr 2021. Betrachtet man einen Zeitraum von 10 Jahren (2011 - 2021), bewegen sich die Ausgaben für Soziale Sicherheit gemessen am BIP 2021 leicht über dem Durchschnitt von 13,0 %.

Ein frappanter Unterschied zwischen der Schweiz und den Vergleichsländern zeigt sich bei den Gesundheitsausgaben. Der Gesundheitsbereich war 2021 im Euroraum die zweitgrösste Ausgabeposition der öffentlichen Haushalte, in der Schweiz lag er an fünfter Stelle. Das erklärt sich dadurch, dass das Gesundheitssystem in vielen europäischen Ländern über öffentliche und nicht über private Haushalte wie in der Schweiz finanziert ist. In Relation zu den Gesamtausgaben betrug im Euroraum im Jahr 2021 der durchschnittliche Ausgabenanteil für den Gesundheitsbereich 15,8 %, im Jahr 1995 waren es noch 11,3 %. In Deutschland betrug im Jahr 2021 der Anteil 16,9 % und in der Schweiz 8,0 %. In Relation zur Wirtschaftsleistung gaben die USA weit mehr als jedes andere OECD-Land für die Gesundheit aus. 2021 überstieg der Anteil der Gesundheitsausgaben zum zweiten Mal nach 2020 die 10-% Marke des BIP. Dieser Anteil wuchs im Vergleich zu 1995 in den USA um 3,7 Prozentpunkte und in der Schweiz um 1,2 Prozentpunkte, während die Zunahme des OECD-Länderdurchschnitts im gleichen Zeitraum 2,1 Prozentpunkte betrug.

Für den Bereich "Wirtschaftliche Angelegenheiten" hatte die Schweiz 2021 einen höheren Anteil an den Gesamtausgaben als der Länderdurchschnitt im Euroraum. Am höchsten lag der Anteil in Malta (20,6 %), am niedrigsten in Dänemark (8,0 %). Innerhalb des Bereichs "Wirtschaftliche Angelegenheiten" waren für die Schweiz die Ausgaben für "Allgemeine Wirtschafts-, Handels- und Arbeitsangelegenheiten" sowie "Transport" am höchsten, gefolgt von den Ausgaben für "Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd". Für den Euroraum waren die Ausgaben für "Allgemeine Wirtschafts-, Handels- und Arbeitsangelegenheiten" am höchsten, danach folgten die Ausgaben für "Transport" und "Forschung und Entwicklung Wirtschaftliche Angelegenheiten".

Für "Bildung und Erziehung" gaben 2021 die öffentlichen Haushalte der Schweiz 14,6 % der Gesamtausgaben aus. Im Vergleich mit den Staaten der OECD und des Euroraums lag dieser Ausgabenanteil deutlich über dem Durchschnitt. Einen ähnlichen Anteil wie die Schweiz hatten 2021 beispielsweise Neuseeland und Estland (je 14,3 %). In Relation zur Wirtschaftsleistung lagen die Bildungsausgaben 2021 dieser Länder (5,5 und 5,9 % des BIP) hingegen über dem Wert der Schweiz (5,0 % des BIP).

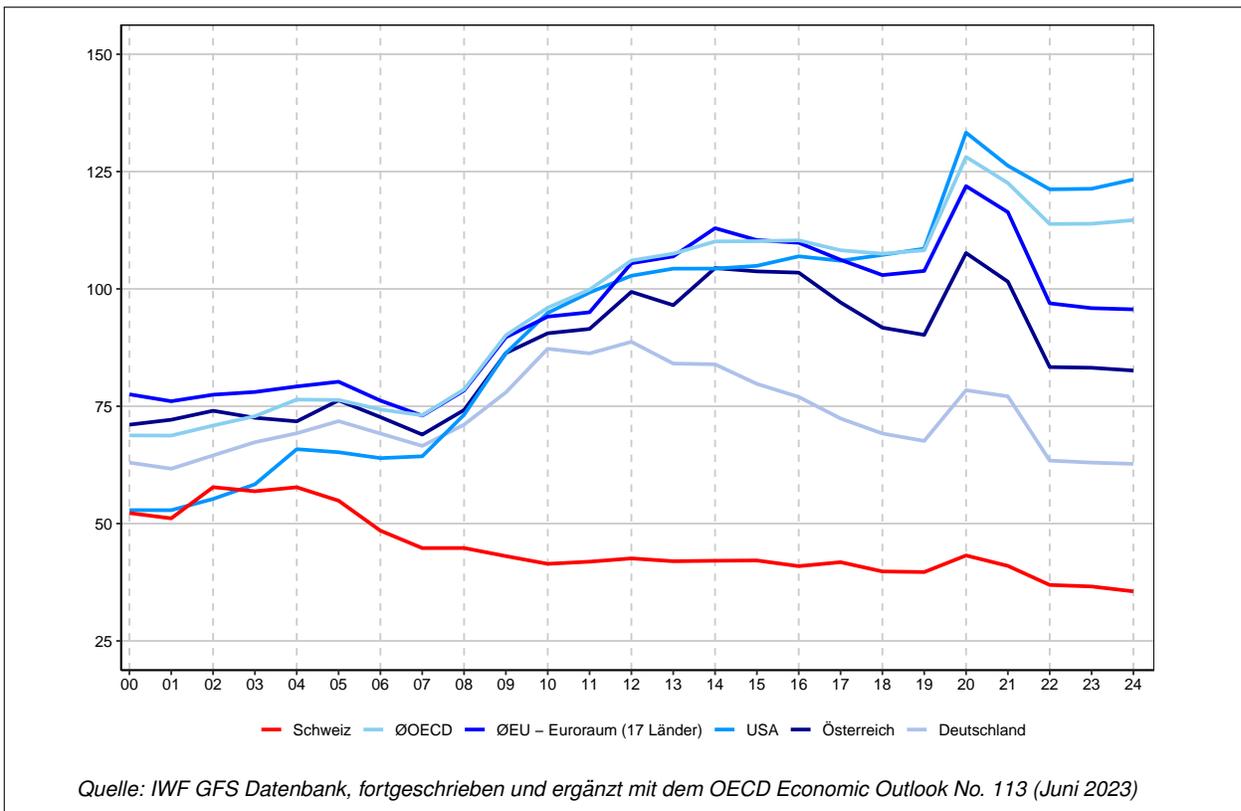
Im Vergleich mit den Nachbarstaaten Deutschland und Österreich tätigte die Schweiz für "Allgemeine öffentliche Verwaltung" 2021 höhere Ausgaben. Einen ähnlichen Anteil an den Gesamtausgaben wie die Schweiz verzeichneten dagegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Länderdurchschnitt des Euroraums und der OECD betrug derweil 11,7 % bzw. 11,6 %, tiefe Werte wiesen 2021 Australien (7,8 %), Litauen (8,1 %) und Japan (8,3 %) aus.

## 4.2 Verschuldung

Dieses Unterkapitel vergleicht die Verschuldungssituation der Schweiz mit einzelnen ausgewählten Ländern. Für die Fremdkapitalquote existieren auch offiziell publizierte Länderdurchschnitte der OECD und des Euroraums.

**Fremdkapitalquote** - Die Fremdkapitalquote misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF in Relation zur Wirtschaftsleistung. Die Abbildung 12 zeigt die Entwicklung der Fremdkapitalquoten. Ersichtlich ist, dass die Schweiz im internationalen Vergleich eine niedrige und seit 2010 eine stabile Quote hat.

**Abbildung 12: Entwicklung der Fremdkapitalquoten (in % des nom. BIP)**



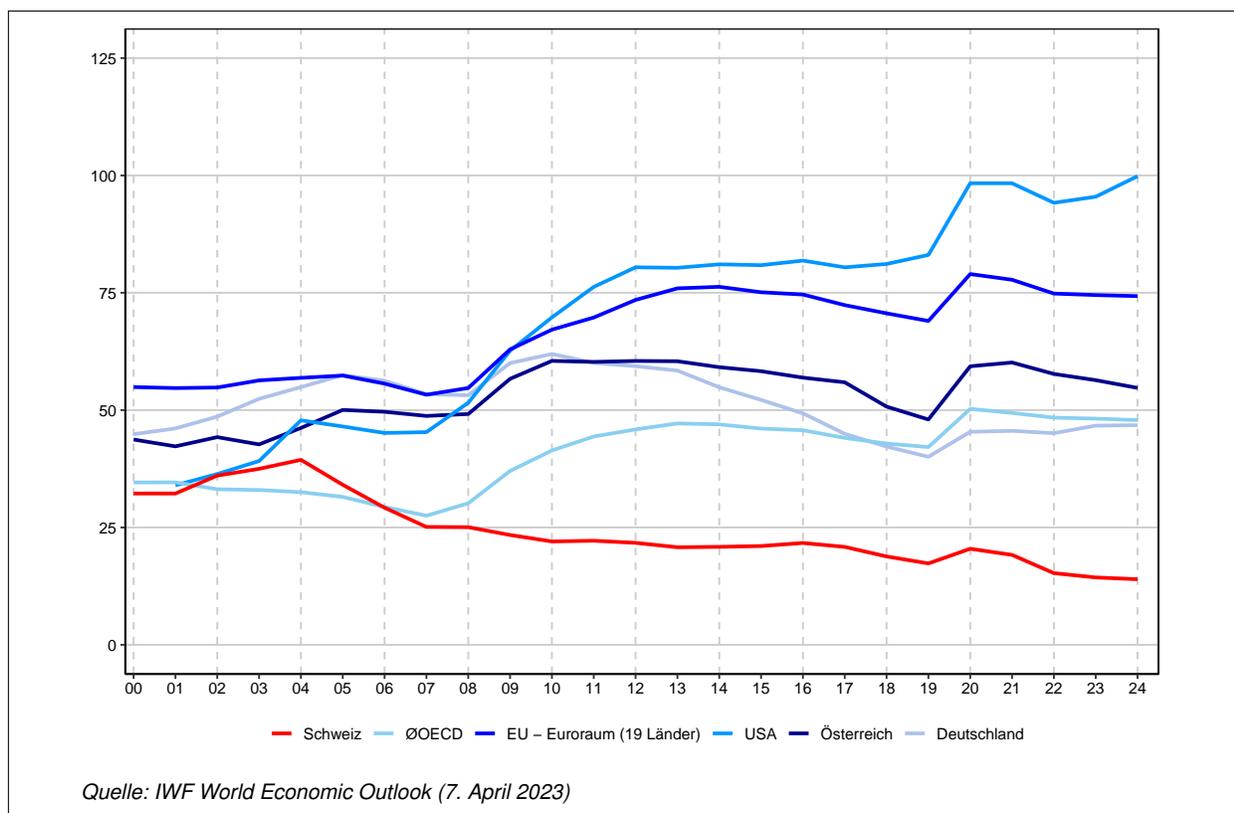
2021 sinkt die Fremdkapitalquote in vielen Staaten, nachdem die Quote im Jahr 2020 bedingt durch die Stabilisierungsmassnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Pandemie massiv anstieg. In den Ländern des Euro- und dem OECD-Raum sinkt die Fremdkapitalquote um 5,6 Prozentpunkte, während sie in den USA gar um 7,1 Prozentpunkte sinkt. Im Vergleich dazu verzeichnen Kanada (-20,8 Prozentpunkte) und Zypern (-16,2 Prozentpunkte) die stärksten Rückgänge. In der Schweiz sinkt die Fremdkapitalquote um 2.2 Prozentpunkte.

Gemäss aktueller Schätzung dürfte das Fremdkapital der öffentlichen Haushalte der Schweiz (insb. auf Bundesebene) nominal nach einem Rückgang in 2022 nochmals steigen und in den Jahren 2023/2024 einen Stand von 293 Milliarden erreichen. Das Fremdkapital dürfte damit unter dem Höchststand von 305

Milliarden von 2021 bleiben. Die Fremdkapitalquote hingegen dürfte ab 2022 durch die erwartete höhere Wirtschaftsleistung kontinuierlich rückläufig sein. In den meisten Ländern im Euroraum und in der OECD wird eine ähnliche Entwicklung erwartet.

**Nettoschuldenquote** - Die Nettoschuldenquote stellt die Nettoverschuldung gemäss Definition des IWF in Relation zum BIP dar und wird in Abbildung 13 dargestellt. Die Nettoschulden gemäss IWF (GFS) ergibt sich aus den Bruttoschulden abzüglich des Finanzvermögens. Für die Nettoschuldenquote wird keine Prognose im Rahmen des OECD Economic Outlook gemacht, weswegen die Daten des World Economic Outlooks des IWF (Publikationsstand vom 7.4.2023) verwendet werden.

**Abbildung 13: Entwicklung der Nettoschuldenquoten (in % des nom. BIP)**



Negative Nettoschulden bedeuten, dass diese Länder netto keine Schulden haben, sondern ein Vermögen besitzen. Dies trifft beispielweise für Norwegen zu. Demgegenüber weisen Japan (ab 2008), Italien (ab 2009) und Portugal (ab 2011) eine Nettoverschuldung von über 100 % des BIP aus.<sup>2</sup> Die Nettoschuldenquote der Schweiz sank seit ihrem Höchststand von 39,4 % des BIP per Ende 2004 auf 17,3 % des BIP per Ende 2019. Auch in den Jahren nach der Finanzkrise nahm die Nettoschuldenquote ab, währenddessen sie in den anderen abgebildeten Ländern und Länderdurchschnitten stark anstieg und in den Folgejahren relativ konstant blieb. Einzig in Deutschland war sie ab 2013 bis zur Covid-Krise rückläufig.

Wegen des hohen Finanzierungsbedarfs für die Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise stiegen die Nettoschulden in 2020 für die meisten Länder kräftig an. 2021 reduzierten sich die Nettoschulden geringfügig, und seither sind sie tendenziell wieder rückläufig.

<sup>2</sup> in der Grafik zugrunde liegender Datentabelle ersichtlich

Gemessen an der Wirtschaftsleistung belief sich die Nettoschuldenquote 2021 auf 19,1 % des BIP. Für Deutschland und Österreich belief sich die Quote auf 45,6 % und 60,1 %. In den Vereinigten Staaten von Amerika blieb die Nettoschuldenquote 98,3 %, wohingegen sie im Euroraum 77,8 % und für die OECD-Mitgliedsstaaten im Durchschnitt um 49,4 Prozentpunkte betrug.

2022 ist die Nettoschuldenquote für die meisten Länder niedriger als 2021. Dies ist vor allem auf rückläufige Stabilisierungsmassnahmen aufgrund der Corona-Krise und auf die Wirtschaftserholung zurückzuführen. In der Schweiz beträgt die Quote 2022 15,3 %, während sie im Euroraum auf 74,8 % und im Durchschnitt der OECD auf 48,4 % zu liegen kommt.

Für 2023 und 2024 dürften sich die Nettoschuldenquoten unterschiedlich entwickeln. In der Schweiz dürfte sie 2023 14,3 % betragen und 2024 auf 14,0 % abnehmen. Gemessen am BIP reduziert sich die Nettoschuldenquote kontinuierlich, vor allem auch aufgrund des nominellen Wirtschaftswachstums. Für Deutschland dürfte die Quote 2023 hingegen auf 46,7 % und Ende 2024 auf 46,8 % ansteigen. Im Schnitt der Länder des Euroraums wird erwartet, dass die Quote Ende 2024 auf 74,3 % sinkt und auch für die Länder der OECD wird erwartet, dass die Quote Ende 2024 mit 47,9 % etwas tiefer liegen wird als 2022.

## 5 Anhang

Die Anhänge zu dieser Publikation sind auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung veröffentlicht. Nachfolgend sind entsprechende Links aufgeführt:

[Übersicht: Methoden und Modelle der Finanzstatistik](#)

[Umfang der Finanzstatistik](#)



